

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

42. Jahrgang / 155

18. August 1987

Annemarie Renger MdB er-
innert an Kurt Schumacher,
den ersten SPD-Vorsitzenden
nach dem Kriegs: Ein Mann
der Tat.

Seite 1

Hans Krollmann MdL zieht
eine Bilanz der bisherigen
Arbeit der Regierung Wafl-
mann: Schulkrach - Molke-
Schulden.

Seite 4

Ein Mann der Tat

Zum 35. Todestag von Kurt Schumacher

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Am 35. Todestag von Kurt Schumacher, dem 20. August 1987 erinnern wir uns an diesen großen Sozialdemokraten, der, wie kein anderer, der SPD nach dem totalen Zusammenbruch Hitler-Deutschlands 1945 geistiges und politisches Profil gegeben hat. Kurt Schumacher war es gelungen, die Partei über die traditionelle Arbeiterschaft hinaus für das progressive Bürgertum wählbar zu machen. Intelligenz, Arbeiter, junge Menschen konnten sich mit dieser SPD ebenso identifizieren wie der Kriegsgefangene oder die Rentnerin. Hier war ein Mann, der das verkörperte, was viele suchten: Nach der Entwertung aller Werte ein Politiker mit unantastbaren moralischen Grundsätzen; ein Mann der klarsichtigen Analyse und ein Mann der Tat.

Carlo Schmid vermittelt in der Schilderung einer der ersten Versammlungen 1946 in Stuttgart die Faszination Schumachers: „Wie sah dieser Mann aus: fast nur Haut und Knochen, ein Schmerzensantlitz. Aber welche Kraft ging von dieser Stirne aus und welche Gewißheit strahlte aus diesen Augen. Und diese Kraft und diese Gewißheit gingen in seine Worte über und gingen mit seinen Worten in alle jene ein, die ihn hörten. Nach dieser Rede gab es kein Zwielficht mehr, gab es kein ‚Beinahe‘ und kein ‚Ungefähr‘. Mit dieser Rede war eine Linie gezogen, vor der sich jeder zu entscheiden hatte und klar entscheiden konnte, auf welche Seite er gehören wollte: auf die Seite der Freiheit oder auf die Seite der Knechtschaft. Was aber das stärkste war: jeder wußte nach dieser Rede auch, daß, wer Freiheit will, auch ihre Voraussetzungen wollen muß, nämlich eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die es dem Menschen erlaubt, im Bewußtsein zu leben, national und international nicht Objekt, sondern Subjekt ihrer Lebensordnungen zu sein.“

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veröffentlichte Inhalte
sind urheberrechtlich geschützt
Kreuzkopierpapier



Dieser moralische Impetus war es auch, der den Sozialdemokraten, die das Inferno überlebt hatten oder die unbefleckt durch die Nazizeit gegangen waren, soviel Kraft gab. „Es gibt kein Arbeitertum ohne sittliche Werte ... Es gibt wohl die Tatsache, daß man mit großer Leidenschaft für soziale Vorteile kämpft; zu sterben bereit ist man nur für die große Idee der Freiheit.“ In zehn Jahren Konzentrationslager hat Kurt Schumacher dies bewiesen.

Freiheit und Demokratie, die durch den Sozialismus erst ihre Entsprechung finden, war der rote Faden, der sich durch Schumachers Politik zog. Daß die Kommunisten den Sozialismus zur Freude der Rechten diskreditiert hatten, empörte Schumacher zutiefst. Sein Credo war: der „Sozialismus ist die ökonomische Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit“.

So war es dieser Respekt vor der menschlichen Persönlichkeit und die Achtung vor der Entscheidung des Einzelnen, der die Partei zur Gegnerin einer „dumpfen und uniformierten Vermassung“ machte.

„Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalyse, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“

Dieses Bekenntnis hat die SPD für breite Schichten der Bevölkerung geöffnet und die dogmatische Enge des Heidelberger Programms von 1925 überwunden. Schumacher verstand den dialektischen Materialismus immer nur als eine Methode unter anderen. Diese Haltung hat es auch möglich gemacht, die verschiedenen Abspaltungen von der SPD vor 1933 in der neuen oder besser „erneuerten“ SPD zusammenzuführen, von der Sozialistischen Arbeiterpartei über die Gruppen ISK und Neubeginnen bis hin zu früheren Kommunisten. „Jede moderne demokratische Partei muß in ihrer geistigen Ahnenreihe verschiedene Theorien haben. Eine einheitliche Parteitheorie wäre der Tod der Freiheit. Eine in ihrem inneren Wesen nichtdemokratische Partei aber kann nicht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Freiheit verwirklichen.“

Nach den schrecklichen Jahren der Nazi-Diktatur war es vor allem die Freiheit und die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit, die es nicht erlaubten, allein die Deutschen in der „SBZ“, der sowjetischen Besatzungszone, im Interesse der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik blüßen zu lassen. Der Kampf gegen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone war auch gleichzeitig der Kampf um die Einheit Deutschlands. Schumacher postulierte, daß ein so großes Volk ohne nationale Einheit und als bloßes Objekt von verschiedenartigsten fremden politischen Einflüssen ein Herd der Fäulnis und Zersetzung sein würde. „Der Friede muß aber die Ideale verwirklichen, für die der Krieg geführt worden ist ... es gibt keine deutsche Frage, die nicht zugleich eine europäische Frage wäre. Die SPD setzt alles daran, Deutschland als geschlossenes nationales und wirtschaftliches Ganzes im Rahmen des europäischen Gleichgewichts und der europäischen Notwendigkeit zu erhalten.“

Helmut Schmidt schreibt in der „Zeit“ zur Begrüßung des Staatsratsvorsitzenden der DDR, unsere deutsche Nation müsse abwarten, ob sich im Laufe kommender Generationen nicht doch ein Weg zur Gemeinsamkeit unter einem Dach öffnen wird, wir könnten ihn aber nicht erzwingen. Auch sollten wir ihn nicht durch scharfsinnige Juristerei vortäuschen.

Und fährt dann fort: „Darin hat sich Kurt Schumacher geirrt, ebenso wie noch zwanzig und dreißig Jahre nach dessen Tod Franz Josef Strauß und Helmut Kohl, als sie Willy Brandts und meine Politik gegenüber der DDR auf das schärfste kritisierten und herabsetzten. Sie schienen damals zu glauben, wir Westdeutschen könnten durch Verweigerung vor der Wirklichkeit den Weg zur Wiedervereinigung offenhalten. Aber diesen Weg gab es gar nicht“



Ganz abgesehen von der mißverständlichen gedanklichen Verbindungslinie, die Schmidt hier zwischen Schumacher, Kohl und Strauß herstellt, halte ich es für unhistorisch, solche Feststellungen zu treffen. Unter den machtpolitischen Bedingungen 1945 ging es darum, der kommunistischen Herausforderung zu begegnen und eine sowjetische Satellitenordnung Stalin'scher Prägung in Deutschland - und als Vorfeld in Berlin - zu verhindern. Dazu bedurfte es einer freien und unabhängigen Sozialdemokratie, die sich zu den Werten der parlamentarischen Demokratie und der Freiheit des Geistes und sozialer Gerechtigkeit bekannte. Sollte man die im besten Sinne „nationale“ Frage den Nationalisten von „rechts“ und „links“ überlassen? Und hat es sich nicht gezeigt, wie wirksam die Idee und Realität der Nation bis auf den heutigen Tag sind?

Selbstverständlich war sich Schumacher auch der politischen und geostrategischen Bedeutung der Sowjetunion für Deutschland und Europa bewußt: „Wir wollen und können nicht antirussisch sein, aber wir wollen ebenso wenig eine Privilegierung der russischen nationalen und imperialen Staatspolitik. Wir können ja nicht prinzipiell antirussisch sein, denn eine dauernde internationale Friedensgemeinschaft der Völker ist unter Ausschluß eines so großen Volkes nicht möglich.“

Und dann folgt die visionäre Aussage, die angesichts der nuklearen Dimensionen in unserem Zeitalter einen zukunftsweisenden Sinn enthält: Kurt Schumacher forderte auch, endlich zu einem neuen Standort in der Politik zu gelangen, der über den der bloßen militärischen Sicherheit hinausgeht. „Das 20. Jahrhundert verlangt die Methoden des 20. Jahrhunderts.“

Vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, wenn man die Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen seit 1945 überschaut, daß für den entscheidend von der deutschen Sozialdemokratie getragenen Entspannungsprozeß nach 1970 mit den Völkern Ost- und Südosteuropas die gesicherten Fundamente unserer demokratischen Ordnung und die historische Glaubwürdigkeit der deutschen Sozialdemokratie unabdingbare Voraussetzungen waren.

Kernstück eben dieser Glaubwürdigkeit ist der seit der Geburtsstunde der SPD im vergangenen Jahrhundert konsequent und mit Opfermut geführte Kampf für die Freiheit, über die Willy Brandt in seiner Abschiedsrede auf dem Sonderparteitag am 14. Juli unter anderem gesagt hat: „Seit mehr als hundert Jahren ist der Zusammenhang zwischen Stärke der Sozialdemokratie und erfahrbarer staatsbürgerlicher Freiheit bei uns sichtbar ... Der Kompaß muß auf das eingestellt bleiben, was ich unsere Bewegung tragende Idee nenne, nämlich, einer sich steigernden Zahl von Menschen Freiheit erfahrbar zu machen und dafür zu sorgen, daß die großen gesellschaftlichen Lebensbereiche von den Grundwerten der Demokratie und Gerechtigkeit durchdrungen werden.“

(-/18.8.1987/st/ks)

* * *



Schulkrach - Molke - Schulden

.....
Nach 100 Tagen Wallmann

Von Hans Krollmann MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag

Die ersten 100 Tage der Regierung Wallmann lassen gefährliche, den Interessen Hessen zuwiderlaufende Tendenzen erkennen. Die bisherige Politik Wallmanns ist ein reiner Destruktions-Katalog und enthält keine positiven Konturen; sie ist keine Politik des Aufbaus, sondern des Abbaus.

Wir sehen mit großer Sorge, daß das Land Hessen, das wir Sozialdemokraten als ein finanziell gesundes, wirtschaftlich starkes und von Liberalität und sozialer Verantwortung geprägtes Gemeinwesen hinterlassen haben, bereits nach wenigen Entscheidungen der neuen Landesregierung auf einen abschüssigen Weg gebracht worden ist.

Erinnert sei hier nur an das Verhalten der CDU/FDP-Regierung in der Steuerpolitik, im Konflikt um die Schulpolitik, auf die Behandlung sozial schwacher Gruppen sowie strukturell benachteiligter Gebiete.

Steuerpolitik gegen Hessen

.....

Im Zusammenhang mit der Steuerpolitik hat die Landesregierung die hessischen Interessen vernachlässigt und verletzt. Anders als zum Beispiel der baden-württembergische Ministerpräsident Spöth hat sich Wallmann zum kritiklosen Anwalt der Steuerpläne der Bundesregierung gemacht und läßt es zu, daß der Finanzkraft des Landes Hessen und seiner Kreise, Städte und Gemeinden schwerster Schaden zugefügt wird. Die verminderten Steuereinnahmen werden sich auf allen Ebenen und Bereichen negativ auswirken. Die SPD registriert mit Kopfschütteln, daß die Landesregierung jedoch offenbar ganz bewußt die Beeinträchtigung der hessischen Investitionskraft, der Beschäftigungspolitik, der sozialstaatlichen Leistungen oder der Kulturpolitik ins Kalkül zieht. Schon jetzt steht für die Landesregierung die höhere Verschuldung fest. Die soziale Finanzgrundlage Hessens wird gefährdet.



Schulpolitik für Wenige

In der Schulpolitik wurde durch die neue Mehrheit ohne Not innerhalb kürzester Zeit ein schwerer Eingriff in das in über 40 Jahren gewachsene hessische Schulsystem vorgenommen, einzig und allein, um in einer Art Machtdemonstration die elitären Interessen eines Teils der Elternschaft durchzuboxen. Die Mißachtung der Interessen vieler anderer Eltern und ihrer Kinder, organisatorisches Durcheinander und die Gefährdung vieler kleiner ländlicher Schulstandorte wird dabei bewußt in Kauf genommen. CDU und FDP haben mit ihrer rücksichtslosen Politik das Roll-back den Schulfrieden in Hessen auf das nachhaltigste gestört, sich bedankenlos über die Rechte der Kommunen hinweggesetzt und die parlamentarischen Regeln sowie die Rechte der Opposition mit Füßen getreten. Herr Wallmann hat sich in diesem Konflikt entlarvt. Er hat die liberale Tarnkappe, die er sich so gerne aufsetzt, abgenommen und gezeigt, daß er eben nicht der Ministerpräsident aller Hessen ist, als der er sich so gerne darstellt, sondern einer, der Gräben aufreißt und polarisiert. Dieses Verhalten ist Wallmann allerdings schlecht bekommen. Es ist bisher noch nicht dagewesen, daß ein Politiker bereits wenige Wochen nach seinem Sieg bei einer Landtagswahl solche Einbußen an Popularität hat hinnehmen müssen wie Wallmann.

Herzlose Sozialpolitik

Im Streichen der Finanzhilfe für alternative Betriebe, für Selbsthilfegruppen und für das wohnungspolitische Modellprojekt „Nachbarschaftliche Träger“ dokumentiert sich die Hartherzigkeit und die ideologische Verbohrtheit der neuen Landesregierung. Das unterentwickelte soziale Gewissen der konservativen Landesregierung zeigt sich insbesondere im Zudrehen des Geldhahns für die Selbsthilfegruppen von Rauschgift- und Alkoholkranken. Im Widerspruch zu den eigenen Bekenntnissen zum Prinzip der Subsidiarität verschließt die CDU/FDP-Regierung damit neue Wege in der Sozialpolitik und drängt aus parteipolitischer Abneigung gegen bestimmte Projekte eiskalt Menschen, die auf die Hilfe angewiesen sind, ins Abseits. Die Politik der Ausgrenzung nach dem Bonner Wendemuster ist somit auch für die Sozialpolitik von CDU und FDP in Hessen bestimmend. Der Ruf Hessens als Land sozialer Verantwortung wird aufs Spiel gesetzt.

Schwächung hessischer Regionen

Auch in der Strukturpolitik für benachteiligte Gebiete Hessens hat die neue Landesregierung entgegen ihren vollmundigen Ankündigungen die Weichen in eine negative Richtung gestellt. Statt sich mit aller Kraft für die Gebiete einzusetzen, hat sie die Herausnahme des Landkreises Limburg-Weilburg und Teile Nord- und Ost Hessens aus der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zugelassen. Dies widerspricht den hessischen Interessen und läßt für die weitere Entwicklung dieser strukturschwachen Regionen und für die dort lebenden Menschen nichts Gutes erwarten. Es ist bekannt, daß Wallmann in dieser Angelegenheit nicht nur den Protest von Sozialdemokraten, sondern auch von christdemokratischen Parteil Freunden zu spüren bekommt.



Bluff in Hanau - Molke nach Hungen

Zu loben wäre die Landesregierung, wenn sie die Sicherheitsproblematik in und um die Hanauer Nuklearfirma Nukem tatsächlich so ernst nähme, wie sie es darzustellen sich bemühte. Es drängt sich jedoch der Verdacht auf, daß die Forderungen an die Firma Nukem eher den Zweck einer PR-Schau haben, mit der gegenüber der Öffentlichkeit die Legitimation für ein um so forscheres Vorgehen bei den anstehenden Genehmigungen in Hanau und bei der Ausweitung der Plutonium-Verarbeitung beschafft werden sollte. Meine Zweifel an der Beachtung der Sicherheitsanforderungen durch die Landesregierung werden dadurch genährt, daß die Landesregierung die Plutonium-Klage zurückgezogen hat und sich außerdem völlig unsensibel gegenüber den Sorgen der Bevölkerung und ihren Ansprüchen auf Information im Zusammenhang mit der Molke-Entsäuerung in Hungen sowie der angekündigten Reduzierung des Strahlenmeßprogramms gezeigt hat.

Nach den Entscheidungen der ersten 100 Tage und nach den Ankündigungen der Landesregierung, zum Beispiel die liberale Ausländerpolitik gegen das Votum der Kirchen zu ändern, die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen zu beschneiden oder das Energiespargesetz zu novellieren, sind Sorgen um die Zukunft Hessens als Land der Liberalität und der sozialen Gerechtigkeit durchaus angebracht. Wir vermissen den Willen, die Herausforderungen unserer Zeit, wie sie sich in der Massenarbeitslosigkeit, in den Gefährdungen unserer natürlichen Umwelt und in gravierenden sozialen Problemen zeigen, mit einem spezifisch hessischen Beitrag zu begegnen. Wir fordern die hessischen BürgerInnen und Bürger deshalb zur Wachsamkeit auf. Ich appelliere an CDU und FDP, die bisher als eigenständige politische Kraft allerdings so gut wie nicht in Erscheinung getreten ist, sich mit aller Kraft für das Wohl unseres Landes einzusetzen und nicht, um der Bundesregierung wohlgefällig zu sein, einen wichtigen Teil der hessischen Ressourcen zu verschleudern. Die SPD wird sich konstruktiven Lösungen im Interesse Hessens nicht verschließen. Unsere Maßlatte für die Politik der Landesregierung ist die erreichte Qualität und die Spitzenstellung Hessens unter den anderen Bundesländern.

{-/18.8.1987/st/ks}

* * *

